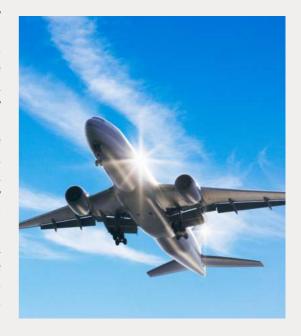


Wasser predigen - Wein trinken: Immer mehr Flüge zwischen Berlin und Bonn

"Es ist überhaupt nicht erklärbar, dass gerade unter einer grünen Regierung die Zahl der Inlandsflüge so explodiert, wie es aktuell der Fall ist. Während die Regierung uns erzählen will, dass wir am besten mit dem Fahrrad unsere Erledigungen machen und höchstens mit dem Zug in den Urlaub fahren sollen, gönnen sich die Mitarbeiter der Regierenden immer mehr Flüge zwischen Bonn und Berlin. meinen. dass eine selbst Fortschrittskoalition und insbesondere eine FDP, die sich doch eigentlich die Digitalisierung auf die Fahnen geschrieben hatte, in der Lage ist, auch die Vorzüge der mobilen Kommunikation zu nutzen und nicht ständig hinund hergeflogen werden muss. Einmal mehr wird deutlich: die Regierung und ihre Mitarbeiter predigen Wasser und trinken Wein aus großen Krügen. Diese Koalition ist eine heuchlerische Rückschrittskoalition, die sich und ihr eigenes Wohlergehen in den Mittelpunkt gestellt hat, koste es, was es wolle."



Aktuelle Videos



WIR STEHEN AN EURER SEITE!







Die Bauern sind da! Eindrücke aus Berlin am Vorabend der Großdemo

Wir stehen an eurer Seite! Eindrücke von der Großdemo in Berlin

Pau hat im Präsidium nichts zu suchen Geschäftsordnungsdebatte zur Abwahl Paus

> Stasi 2.0 5 Fragen - 5 Antworten

Haltet durch! Kurzvideo von der Demo der Spediteure in Berlin



#Brandnerunterwegs bei den Bauernprotesten am 15.1.2024













#Brandnerunterwegs bei der Grünen Woche in Berlin















#Brandnerunterwegs bei der Demonstration der Spediteure













Brandnerunterwegs



Aufstellung Liste Stadtrat Gera





Neujahrsempfang Burgenlandkreis



Rückblick auf die Plenarwoche

Mittwoch, den 17. Januar 2024

Befragung der Bundesregierung

Stephan Brandner will wissen, wie viele Flugreisen die Bundesministerin des Auswärtigen seit dem Anbeginn der Legislaturperiode getätigt, und wie viele davon sie per Linienflug absolviert hat. Die Frage wurde ausgelöst durch die Mitteilung des Auswärtigen Amtes aus dem Jahr 2022, dass die Bundesaußenministerin bei Dienstreisen verstärkt auf reguläre Linienflüge zurückgreifen und damit Maßnahmen ergreifen wolle, um den CO2 -Ausstoß zu verringern. Tatsächlich absolvierte sie jedoch über 100 Dienstreisen mit der Flugbereitschaft und lediglich 3 mit Linienflügen.

Stephan Brandner sagte im Plenum dazu: "Ich vermute mal, dass der Effekt, dass offenbar nicht mal 3 Prozent der Dienstreisen mit Linienflügen gemacht wurden, auf Bequemlichkeit oder das Schwelgen in Luxus zurückzuführen ist. Und da sind wir nicht weit von dem Thema entfernt, dass, wie wir wissen, Frau Baerbock sich für 10.000 Euro im Monat visagistisch und friseurtechnisch behandeln lässt.

Aktuelle Stunde auf Verlangen der AfD zu den Protesten von Bauern und Mittelstand

In einer Aktuellen Stunde zum Thema "Landwirtschaft und Handwerk, Gastronomie und Transportgewerbe in Gefahr" haben sich die Fraktionen und fraktionslose Abgeordnete am Mittwoch im Bundestag positioniert. Verlangt hatte die Aussprache die AfD-Fraktion, deren Abgeordneter Bernd Schattner im "Frust der Bauern" auch den "Frust des ganzen Landes" sah. So gut wie niemand mehr unterstütze die Bundesregierung, stellte Schattner fest. Der Rheinland-Pfälzer sagte, im benachbarten Belgien und Luxemburg führen die Traktoren steuerfrei. Die Anhebung der Lkw-Maut belastete das Speditionsgewerbe, die Rücknahme des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf Speisen in der Gastronomie. Auf der anderen Seite werde deutsches Steuergeld in Ländern wie Indien verteilt, einem Land, das sich ein eigenes Raumfahrtprogramm leistet.

Kay Gottschalk (AfD) sprach von der schlechtesten Regierung aller Zeiten, der "Verkörperung des Morgenthau-Plans". Die Ampel wolle ganze Wirtschaftszweige ruinieren und lege die Axt an den Wohlstand der Deutschen. Die Schweineproduktion habe sich aus Deutschland nach Spanien verabschiedet und Traktoren mit Elektroantrieb stünden frühestens ab Jahresende zur Verfügung. Gottschalk forderte die Regierung auf, den Weg für Neuwahlen freizumachen.



Rückblick auf die Plenarwoche

Donnerstag, den 18. Januar 2024

Geschäftsordnung - Bundestag stimmt gegen Zulässigkeit des AfD-Antrags auf Abwahl der Vizepräsidentin Petra Pau

Die Abgeordneten des Bundestages haben am Donnerstag in einer Geschäftsordnungsangelegenheit vor Eintritt in die Tagesordnung mit der Mehrheit von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der AfD gegen die Zulässigkeit eines Antrags auf Abwahl der Vizepräsidentin Petra Pau gestimmt. Die AfD-Fraktion hatte zuvor einen Antrag vorgelegt, der auf die Abwahl der Vizepräsidentin ausgerichtet war. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas schloss dies jedoch aus. "Unsere Geschäftsordnung lässt eine Abwahl von Mitgliedern des Präsidiums nicht zu", erläuterte die Bundestagspräsidentin, weil nach Paragraf 2 Absatz 1 Satz 1 der Geschäftsordnung die Mitglieder des Präsidiums "für die Dauer der Wahlperiode" gewählt werden. Ein Antrag, der auf eine solche Abwahl ziele, sei dementsprechend unzulässig. "Ich habe daher den Antrag nicht verteilen lassen", erklärte Bas und ließ sich diese Rechtsauffassung durch das Votum des Plenums bestätigen.

Der parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion, Stephan Brandner, monierte während einer Aussprache dazu, dass "offensichtlich zulässige Anträge seiner Fraktion" verhindert würden. Bas verkenne bei Ihrer Holzwegbeschreitung auch den § 2 Absatz 1 Satz 2 der Geschäftsordnung, in dem steht: Jede Fraktion hat Anspruch auf mindestens einen Bundestagsvizepräsidenten. Jede Fraktion!

"Jetzt haben wir die Situation, dass es die Fraktion der Linken überhaupt nicht mehr gibt. In der Geschäftsordnung finden wir nicht den Hinweis: Jede Gruppe oder jeder, der sich dafür hält, jeder einzelne Abgeordnete kann Vizepräsident werden. Nein, die Geschäftsordnung regelt ganz klar: jede Fraktion. Das heißt im Umkehrschluss: Jeder, der über ein Fraktionsticket in das Bundestagspräsidium gesegelt ist, hat keinen Anspruch darauf, Vizepräsident zu bleiben; ganz einfach. Ich habe beim letzten Mal versucht, es in einfacher Sprache auszudrücken, und ich versuche es, insbesondere für die Grünen, noch mal in einfacher Sprache: Eine Fraktion, ein Vizepräsident – keine Fraktion, kein Vizepräsident." Übrigens: Die AfD ist eine Fraktion, und die AfD hat keinen Bundestagsvizepräsidenten, seit sechs Jahren

Aktuelle Stunde - Scharfe Attacken auf die AfD nach Strategietreffen in Potsdam

Mit Empörung haben Abgeordnete der Ampel-Fraktionen und der Opposition auf Berichte reagiert, wonach Rechtsextremisten und AfD-Politiker über die Remigration von Menschen Migrationshintergrund aus Deutschland beraten haben. In einer von SPD, Grünen und FDP beantragten Aktuellen Stunde mit dem Thema "Wehrhafte Demokratie in einem vielfältigen Land – Klare Kante gegen Demokratiefeinde und Vertreibungspläne" wandten sich Abgeordnete am Donnerstag, 18. Januar 2024, entschieden gegen Rechtsextremismus und jede Form von Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz. Die AfD-Fraktion wies die Vorwürfe in der teilweise scharf geführten Debatte als völlig unbegründet zurück. Dr. Bernd Baumann machte die Bundesregierung für den verbreiteten Unmut der Bürger verantwortlich. "Noch nie vorher hat eine Bundesregierung unser Land so vor die Wand gefahren wie diese." "Die Industrie flieht aus dem Land hinaus, und Millionen kulturfremde Asylanten strömen ungehindert hinein." Das sei eine "furchtbare Bilanz". Die Not sei groß, das Vertrauen sei weg. Bei den anderen Parteien mache sich Panik breit. Daher werde die AfD bösartig diffamiert. Was die angeblichen Vertreibungspläne angehe, gehe es aus Sicht der AfD lediglich um rund 300.000 endgültig abgelehnte Asylbewerber und Ausländer, die nur vorübergehend als Bürgerkriegsflüchtlinge Schutz genössen. "In Syrien ist der Krieg vorbei, also müssen 600.000 Syrer zurück. Das ist die Remigration, die wir fordern." Das umstrittene Treffen in Potsdam wertete er als "kleinen, privaten Debattierclub", der zu einem "gemeingefährlichen Geheimtreffen aufgeblasen" werde.

Rückblick auf die Plenarwoche

Freitag, den 19. Januar 2024

Soziales - Debatte über Leistungskürzungen für Asylbewerber

Die CDU/CSU-Fraktion hat einen Antrag mit dem Titel "Leistungen für Asylbewerber senken – Rechtliche Spielräume nutzen" (20/9740) vorgelegt, der am Freitag im Bundestag gemeinsam mit einem AfD-Antrag mit dem Titel "Sozialstaat sichern – Bürgergeld für EU-Bürger und Drittstaatsangehörige begrenzen" beraten wurde. Stephan Stracke (CDU/CSU) verwies zu Beginn der Debatte auf die im Jahr 2023 gestellten mehr als 350.000 Asylanträge, wozu noch 1,1 Millionen ukrainische Flüchtlinge kämen. Das führe zu einer Überlastung des ganzen Landes, konstatierte er. "Wir brauchen eine echte Asylwende", sagte der Unionsabgeordnete.

47 Prozent der Bürgergeldbezieher seien Ausländer, sagte Norbert Kleinwächter (AfD) und forderte für den Zugang zum Bürgergeld eine Niederlassungserlaubnis sowie eine fünfjährige existenzsichernde Tätigkeit in Deutschland. Den Migranten, so Kleinwächter, sei es schließlich jederzeit möglich, "nach Hause zurückzukehren und dort eine sinnvolle Erwerbstätigkeit aufzunehmen". Kleinwächter griff das Wort "Migrationsentscheidung" aus dem Unionsantrag auf. Sobald Migration das Ergebnis einer Entscheidung ist, "kann sie nicht mehr Asyl sein". Daher seien die Millionen Migranten "keine Flüchtlinge, sondern ordinäre illegale Migranten".

Bundestag erleichtert Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages haben den Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit erleichtert. Ein entsprechender Gesetzentwurf zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts (20/9044) wurde am Freitag angenommen. Bei Einbürgerungen soll Mehrstaatigkeit künftig generell hingenommen werden. Zugleich soll eine Einbürgerung in der Regel bereits nach einem Aufenthalt von fünf statt bisher acht Jahren möglich sein, bei besonderen Integrationsleistungen auch schon nach drei Jahren. Auch die für den automatischen Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit eines Kindes ausländischer Eltern durch Geburt im Inland erforderliche Aufenthaltsdauer eines Elternteils in der Bundesrepublik wird von acht auf fünf Jahre verkürzt.

Bei der namentlichen Abstimmung haben alle anwesenden AfD-Abgeordneten gegen den Gesetzentwurf gestimmt.

Termine













Die neue Klartext ist da!



Ihr/Euer Stephan Brandner

ww.stephan-brandner.de

Internationales Januar 2024 sich nun 8, Jahrgang, Ausgabe 21, 01/2024 lehnt. Die Stadt Gera Kostenlos mit dem Zug nach ck bleibt Paris? Nur für Ukrainer! Paris? Nur Tur Ukrainer:

Seit Einführung des sogenannten help Ukrainer-Tickets
im März 2022 wurde dieses 935.000 mal von ukrainischen
Staatsangehörigen in Anspruch genommen. Es gilt für den
Mah- und Fernverkehr und soll ukrainischen
heiten, zu Familie und den ukrainischen
sich aus der Antward beiten zu reisen. Das ergibt
der Antward beer Antward berühering auf meine
die Bundesregierung jedoch nicht verraten. Es lägen
keine Daten zu direkten Zusätzlichen Kosten vorr, heitt esregierung nimm ollständig versagt erlei Wirkung, Ich and Co. überhaupt opter nur in der einen Hauch der Für mich steht tet. Auch die er Stadt ist die Burdesregierung jedoch nicht versteine som von Aeine Dart zu direkten zusätzlichen Kosten vor heißt es. Bekannt hingegen sind die Strecken, auf denen das Ticket am häufigsten in Anspruch genommen wirde. So und Künche 2,700 Person bei genommen wirde. So die französische Hauptstadt. Häufige Ziele waren nach Köln Amsterdam (fast 7,000 Fahren von der deutschen in Fahren) und warum wir als Goldo Fahren kon und warum wir als Steuerzahler Austüge in die Stadt und warum wir als Steuerzahler Austüge in die Stadt auch. Während die Bürger in Deutschland mit immer Fahrten na der Liebe für Ukrainer finanzieren? Das fragen wir uns auch, Während die Bürger in Deutschland mit immer höberen Kosten für immer unzwerlässigere Bahnfahten konfrontiert werden und unter dem kalastronbalen heren Kösten für immer unzuverlässigere Bahnfahrtei Gand der Deutschen Bahn leiden, werden woch hohe men verschleudert, um auf unbestimmte Zeit Ukrainer mi kostenosen Tickets zu versorgen.
Ich frage miche Warum dürfen ang Kriegsflächtling miche Warum dürfen ang verhältnisse über dhunp Prüfung der Vermi verhältnisse überhaupt kostenios herumfahren. jeder Normalbürger teure Tickets erstehen muss? Arbeiten für ein besseres

Abholbar zu den Öffnungszeiten in unseren Büros in Gera, Altenburg, Apolda, Gößnitz, Zeulenroda und Sömmerda!

BRANDNER

Wir stehen an Ihrer Seite

Wahlkreisbüro Gera

Rudolf-Diener-Straße 21 07545 Gera

J7545 Gera

Tel.: 03 65 - 20 42 41 30 Fax: 03 65 - 22 69 12 50 E-Post: kontakt@

brandner-im-bundestag.de Geöffnet: Di bis Do: 10-17

Uhr

Wahlkreisbüro Gößnitz

Zwickauer Straße 11 04639 Gößnitz Tel.: 03 44 93 - 25 95 13 E-Post: goessnitz@ brandner-im-bundestag.de Geöffnet: Do und Fr: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Altenburg

Kesselgasse 25 04600 Altenburg Tel.: 03 44 93 - 25 95 13 E-Post: altenburg@ brandner-im-bundestag.de Geöffnet: Mo und Mi: 10-17 Uhr



Wahlkreisbüro Zeulenroda

Schleizer Straße 8 07937 Zeulenroda-Triebes Tel.: 03 66 28 - 96 35 02 E-Post: zeulenroda@ brandner-im-bundestag.de Geöffnet: Mo und Do: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Sömmerda

Weißenseer Straße 8 99610 Sömmerda Tel.: 0 36 34 - 69 22 888 E-Post: soemmerda@ brandner-im-bundestag.de Geöffnet: Mo: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Apolda

Ritterstraße 4 99510 Apolda Tel.: 0 36 44 - 83 20 468 E-Post: apolda@ brandner-im-bundestag.de Nach Vereinbarung

Besuchen Sie mich auch im Netz

- www.facebook.com/stBrandner
- \mathbf{X} www.twitter.com/stbrandner
- www.instagram.com/stephanbrandner
- www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb
- t.me/StephanBrandnerMdB
- www.tiktok.com/@brandner_afd
- https://whatsapp.com/channel/0029Va8SDPbGehEUippEJx1r

Möchten Sie mich finanziell unterstützen?

Kreisverband Jena-Gera-SHK Sparkasse Jena Saale-Holzland IBAN: DE42 8305 3030 0018 0346 75

BIC: HELADEF1JEN

Verwendungszweck: Stephan Brandner



